

Aufenthaltsgenehmigung

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG)

Verkündet als Artikel I des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz, BGBl. 2004 I, Seite 1950).

Geändert durch

- Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze (BGBl. 2005 I S. 721)

Aufenthaltsgenehmigung war der Oberbegriff für die in [§ 5](#) Ausländergesetz aufgeführten Formen der Aufenthaltsgenehmigung:

Das neue Gesetz kennt nicht:

Unbefristete Aufenthaltserlaubnis,
Aufenthaltsbewilligung und Aufenthaltsbefugnisse.

**Aufenthaltsberechtigung heißt Niederlassungserlaubnis §9,
Aufenthaltsbefugnisse Aufenthaltsgewährung**

In [§ 4 des Aufenthaltsgesetz](#) (Kernstück des [Zuwanderungsgesetzes](#)) wird als Oberbegriff für [Visum](#), [Aufenthaltserlaubnis](#) und [Niederlassungserlaubnis](#) der Begriff des [Aufenthaltstitels](#) benutzt.

<http://www.aufenthaltstitel.de/auslg.html#30>

Einem Ausländer, der keine **Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung** besitzt, kann die Ausübung einer Beschäftigung nur erlaubt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist. Beschränkungen bei der Erteilung der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit sind in den Aufenthaltstitel zu übernehmen.

Die Aufenthaltserlaubnis ist **unter Berücksichtigung des beabsichtigten Aufenthaltszwecks zu befristen**. Ist eine für die Erteilung, die Verlängerung oder die Bestimmung der Geltungsdauer wesentliche Voraussetzung entfallen, so kann die Frist auch nachträglich verkürzt werden.

Die **Niederlassungserlaubnis** ist ein unbefristeter Aufenthaltstitel. Sie berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und darf nicht mit einer Nebenbestimmung versehen werden.

2) Einem Ausländer ist die Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn

1. er seit fünf Jahren die Aufenthaltserlaubnis besitzt,
2. sein Lebensunterhalt gesichert ist,
3. er mindestens **60 Monate Pflichtbeiträge** oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hat oder Aufwendungen für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens nachweist; berufliche Ausfallzeiten auf Grund von Kinderbetreuung oder häuslicher Pflege werden entsprechend angerechnet,
4. er in den letzten drei Jahren nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 180 Tagessätzen verurteilt worden ist,
5. ihm die Beschäftigung erlaubt ist, sofern er Arbeitnehmer ist,
6. er im Besitz der sonstigen für eine dauernde Ausübung seiner Erwerbstätigkeit erforderlichen Erlaubnisse ist,
7. er über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt,
8. er über Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet verfügt und
9. er über ausreichenden Wohnraum für sich und seine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen verfügt.

alte Begriffe aus dem Ausländergesetz:

AuslG § 28 Aufenthaltsbewilligung (povolení k pobytu)

(1) Die Aufenthaltsgenehmigung wird als Aufenthaltsbewilligung erteilt, wenn einem Ausländer der Aufenthalt nur für einen bestimmten, seiner Natur nach einen nur vorübergehenden Aufenthalt erfordernden Zweck erlaubt wird. § 10 bleibt unberührt.

(2) **Die Aufenthaltsbewilligung wird dem Aufenthaltswitz entsprechend befristet.** Sie wird für längstens zwei Jahre erteilt und kann um jeweils längstens zwei Jahre nur verlängert werden, wenn der Aufenthaltswitz noch nicht erreicht ist und in einem angemessenen Zeitraum noch erreicht werden kann.

(3) Einem Ausländer kann in der Regel vor seiner Ausreise die Aufenthaltsbewilligung nicht für einen anderen Aufenthaltswitz erneut erteilt oder verlängert werden. Eine **Aufenthaltserlaubnis ((povolení k pobytu))** kann vor Ablauf eines Jahres seit der Ausreise des Ausländers nicht erteilt werden; dies gilt nicht in den Fällen eines gesetzlichen Anspruches oder wenn es im öffentlichen Interesse liegt. Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf Ausländer, die sich noch nicht länger als ein Jahr im Bundesgebiet aufhalten.

Die **Aufenthaltberechtigung (oprávnění k pobytu, the right of unlimited residence) ist zeitlich und räumlich unbeschränkt**. Sie kann nicht mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. [§ 37](#) bleibt unberührt.

(2) Einem Ausländer ist die Aufenthaltberechtigung zu erteilen, wenn

1. er seit
 - a. acht Jahren die **Aufenthaltserlaubnis (povolení k pobytu, an unlimited residence permit)** besitzt oder
 - b. drei Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt und zuvor im Besitz einer **Aufenthaltsbefugnis (oprávnění k pobytu)** war,
2. sein Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, eigenem Vermögen oder sonstigen eigenen Mitteln gesichert ist,
3. er mindestens 60 Monate Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hat oder Aufwendungen nachweist für einen Anspruch auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung oder eines Versicherungsunternehmens,
4. er in den letzten drei Jahren nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe von sechs Monaten oder einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen oder einer höheren Strafe verurteilt worden ist und
5. die in [§ 24](#) Abs. 1 Nr. 2 bis 6 bezeichneten Voraussetzungen vorliegen.

(3) In begründeten Fällen kann abweichend von Absatz 2 Nr. 1 einem Ausländer die Aufenthaltberechtigung erteilt werden, wenn er seit fünf Jahren die Aufenthaltserlaubnis besitzt. Ein solcher Fall liegt insbesondere vor bei

1. ehemaligen deutschen Staatsangehörigen,
2. Ausländern, die mit einem Deutschen in ehelicher Lebensgemeinschaft leben,
3. Asylberechtigten und diesen gleichgestellten Ausländern.

(1) Die Aufenthaltsgenehmigung wird als **Aufenthaltsbefugnis** erteilt, wenn einem Ausländer aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll und **die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ausgeschlossen ist** oder ihr einer der in [§ 7](#) Abs. 2 bezeichneten Versagungsgründe entgegensteht.

(2) Einem Ausländer, der sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält, kann aus dringenden humanitären Gründen eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden, wenn

1. die Erteilung oder Verlängerung einer anderen Aufenthaltsgenehmigung ausgeschlossen ist und
2. auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles das Verlassen des Bundesgebiets für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde;

soweit der Ausländer nicht mit einem weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet rechnen durfte, sind die Dauer des bisherigen Aufenthalts des Ausländers und seiner Familienangehörigen nicht als dringende humanitäre Gründe anzusehen.

(3) Einem Ausländer, der unanfechtbar ausreisepflichtig ist, kann eine Aufenthaltsbefugnis abweichend von [§ 8](#) Abs. 1 erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des [§ 55](#) Abs. 2 für eine Duldung vorliegen, weil seiner freiwilligen Ausreise und seiner Abschiebung Hindernisse entgegenstehen, die er nicht zu vertreten hat.

(4) Im übrigen kann einem Ausländer, der seit mindestens zwei Jahren unanfechtbar ausreisepflichtig ist und eine Duldung besitzt, abweichend von § 8 Abs. 1 und 2 eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden, es sei denn, der Ausländer weigert sich, zumutbare Anforderungen zur Beseitigung des Abschiebungshindernisses zu erfüllen.

(5) Einem Ausländer, dessen Asylantrag unanfechtbar abgelehnt worden ist oder der seinen Asylantrag zurückgenommen hat, darf eine Aufenthaltsbefugnis nur nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 erteilt werden.

Základním obecně závazným právním předpisem upravujícím práva a povinnosti cizinců při vstupu a pobytu na území ČR a vycestování z území ČR a rozsah působnosti resortu MZV v této oblasti státní správy je **zákon č. 326/1999 Sb., o pobytu cizinců na území ČR** a o změně některých zákonů, ve znění pozdějších předpisů (dále cizinecký zákon), zejména zákona č. 217/2002 Sb. a zákona č. 222/2003 Sb.

Cizinecký zákon stanoví odlišný režim pro vstup a pobyt na území ČR těchto cizinců:

- občanů EU, jejich rodinných příslušníků a rodinných příslušníků občanů ČR (Stejný režim jako pro občany EU, jejich rodinné příslušníky a rodinné příslušníky občanů ČR se od 1. května 2004 vztahuje na občany Švýcarské konfederace z titulu příslušnosti ke státu, který je vázán mezinárodní smlouvou sjednanou s Evropským společenstvím, pokud tato smlouva nestanoví jinak a občane států, které jsou vázány Smlouvou o Evropském hospodářském prostoru (EHP), pokud tato smlouva nestanoví jinak, tj. /kromě států EU/ občané Islandu, Lichtenštejnska, Norska).
- občanů ostatních států.

„Cizinecký zákon se nevztahuje na cizince, který požádal ČR o ochranu formou azylu a azylanta (pokud cizinecký zákon nebo zákon o azylu nestanoví jinak), dále na cizince, který požádal ČR o udělení oprávnění k pobytu za účelem poskytnutí dočasné ochrany nebo na území ČR již na základě tohoto oprávnění pobývá (pokud cizinecký zákon nebo zákon o dočasné ochraně cizinců nestanoví jinak), a na cizince, který pobývá na území ČR na základě zákona o pobytu ozbrojených sil jiných států na území ČR.

Povolení k dlouhodobému pobytu může být vydáno nejdéle na dobu 1 roku, lze jej opakovaně prodloužit, vždy však nejdéle o 1 rok.

► přechodný pobyt na území ČR na základě povolení k dlouhodobému pobytu vydávaného MZV

MZV vydává **povolení k dlouhodobému pobytu** členům personálu zastupitelského úřadu cizího státu nebo mezinárodní vládní organizace akreditované v ČR anebo jejich rodinným příslušníkům registrovaným MZV. Toto povolení se vydá nejdéle na dobu platnosti jejich registrace.

Výjezdní příkaz opravňuje cizince k přechodnému pobytu na území ČR po dobu nezbytnou k provedení neodkladných úkonů, a k vycestování z území ČR. Konkrétní dobu pobytu stanoví policie nebo MZV; doba přechodného pobytu cizince na území ČR na výjezdní příkaz nesmí být delší než 60 dnů.

O **povolení trvalého pobytu** může žádat každý cizinec po 10 letech nepřetržitého pobytu na území ČR na vízum k pobytu nad 90 dnů a na povolení k dlouhodobému pobytu. V některých případech (zejména sloučení rodiny) může být žádost podána po 8 letech nebo bez podmínky

předchozího nepřetržitého pobytu na území ČR.

- ▶ O povolení k pobytu lze žádat na ZÚ a v některých případech též u policie.
- ▶ Policie vydá povolení formou písemného správního rozhodnutí. Cizinec je povinen do 3 pracovních dnů po vstupu na území se osobně dostavit k převzetí povolení k pobytu.
- ▶ Průkaz o povolení k pobytu se vydává jako samostatný doklad nebo ve formě štítku vyznačovaného do cestovního dokladu cizince s dobou platnosti 10 let a lze jej opakovaně prodloužit, vždy o 10 let. O prodloužení doby platnosti průkazu o povolení k pobytu žádá cizinec policii ve lhůtě 90 dnů před uplynutím této doby, v odůvodněných případech i dříve. Pobyt občanů EU a jejich rodinných příslušníků na území ČR na základě zvláštního pobytového povolení
- ▶ V případě, že občan EU bude chtít pobývat na území ČR po dobu delší než 3 měsíce, bude **oprávněn (nikoliv však povinen)** požádat policii o udělení zvláštního pobytového povolení.

Die Kommission schlägt dem Rat vor,

- die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Protokolls im Namen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zu beschließen;
- das Protokoll im Namen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zu schließen und dem Abschluss durch die Europäische Atomgemeinschaft zuzustimmen.